

Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein e.V.

(419.) Protokoll über die Jahresmitgliederversammlung am 14. März 2003

Anwesend: **Ammerich**, Dr. H., Landau; **Armgart**, Dr. M., Speyer; **Blank**, C., Karlsruhe; **Bock**, M., Kronau; **Breitkopf**, B., Karlsruhe; **Dingler**, M., Karlsruhe; **Dörr**, O., Marxzell; **Drollinger**, Dr. K., Stuttgart; **Eichert**, N., Karlsruhe; **Furtwängler**, Dr. M., Karlsruhe; **Grevens**, Prof., Heidenheim; **Günther**, W., Karlsruhe; **Haehling v. Lanzenauer**, Dr. R., Baden-Baden; **Hajer**, Prof. Dr. W., Karlsruhe; **Hennl**, R., Karlsruhe; **Herrbach-Schmidt**, Dr. B., Karlsruhe; **Jacob-Friesen**, H., Karlsruhe; **Kaller**, Dr. G., Karlsruhe; **Kirchner**, Dr. H., Karlsruhe; **Kniehl**, H., Karlsruhe; **Kniehl**, K.C., Karlsruhe; **Kniehl**, K.O., Karlsruhe; **Kohlmann**, R., Karlsruhe; **Kremer**, H.-J., Hagenbach; **Leutzbach**, Karlsruhe; **Maczny**, C., Freiburg; **Matz**, Prof. Dr. K.-J., Karlsruhe; **Moebus**, St., Neckarsulm; **Müller**, Dr. L., Karlsruhe; **Mürb**, Prof. Dr. H., Karlsruhe; **Oesterle**, Dr. K., Karlsruhe; **Pfanz-Sponagel**, Dr. Ch., Frankental; **Reichenbacher**, W., Pfinztal; **Rödel**, Prof. Dr. V., Karlsruhe; **Roellecke**, Prof. Dr. G., Karlsruhe; **Rückhäberle**, G., Birkenfeld; **Rundel**, Dr. O., Karlsruhe; **Schach**, G., Karlsruhe; **Schillinger**, E., Karlsruhe; **Schindele**, E., Rheinstetten; **Schindele**, J.M., Haigerloch; **Schmidt**, Dr. R., Karlsruhe; **Schmitt**, Dr. H., Karlsruhe; **Schwalbach**, Dr. B., Bruchsal; **Schwarzmaier**, L., Karlsruhe; **Simon**, St., Karlsruhe; **Sonntag**, Dr. K., Freiburg; **Standte**, M., Ubstadt; **Stichling**, Karlsruhe; **Warmbrunn**, Dr. P., Otterstadt; **Wegel**, I., Karlsruhe; **Weinacht**, A., Würzburg; **Weinacht**, Prof. Dr. P.-L., Würzburg; **Wetzel**, B., Rheinstetten; **Wetzel**, G., Rheinstetten; **Wiese**, Dr. W., Karlsruhe; **Wüst**, G., Rastatt; **Zehendner**, Dr. G., Karlsruhe.

Vortrag von

Prof. Dr. Paul-Ludwig Weinacht, Würzburg

über

Südweststaatgeschichte im Licht des Landesjubiläums von 2002

In einer Stuttgarter Zeitung konnte man im Dezember vergangenen Jahres eine Karikatur aus der Feder von Friederike Groß bewundern. Sie kommentiert das soeben eröffnete Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Man sieht den Ministerpräsidenten mit Gefolge die Treppe heraufkommen, ein Band durchschneiden und sich einem Konterfei Napoleons mit der treuherzigen Frage zuwenden: „Bonjour Napi, was meinen Sie dazu?“ Darauf der: „Eh bien, Erwin, Geschichte ist eine Lüge, auf die man sich geeinigt hat [1]“.

Einer, der wie der Referent, schon im Jahr 1975 gegen die südwestdeutsche Neigung zur Legendenbildung zu Felde zog [2], fühlt sich bei solchem Zwiegespräch, wen wundert's, in vertrauter Runde. Erstaunlich, daß in einem Stuttgarter Blatt aus solchem Anlaß landesgeschichtliche Wahrheitsliebe bzw. Ehrlichkeit ausbrechen konnte. Als Erklärung dient mir ein Essay Manfred Rommels an gleicher Stelle, wo er schrieb: „Unter dem Einfluß unserer badischen Landsleute holen wir Württemberger auf...[3]”

Im folgenden spreche ich zunächst von Jubiläen im allgemeinen, dann vom Jubiläum im Land und zwar, wie gewünscht, mit dem Blick auf die Landesgeschichte und sicherlich nicht unerwartet mit dem Blick auf den badischen Anteil daran.

Jubiläen allgemein

Die kalendarische Voraussetzung für ein Jubiläum beträgt 50 Jahre. Die historischen Grundlagen dafür sind ursprünglich religiös, nämlich Jobel- oder Jubeljahre. Die abendländische Kirche hatte sie mit einem Ablaß verbunden. Damit wurde auch politischen Jubelfeiern ein Zeichen gegeben: Staatsjubiläen bieten seither die Gelegenheit zu Amnestie. Politische Erinnerungs- und Gedenktage haben – sieht man von den beklommen machenden Jahrtagen der Hauptereignisse zwischen 1933 und 1945 ab [4] – etwas von verzeihender Großmut. Man fragt nicht mehr nach den Gründen, die die Vätergeneration entzweit haben, sondern danach, was auf die Generation der Söhne und Enkel positiven Eindruck macht: siegreiche Projekte, getane Heldentaten, Begründungen neuer Traditionen. Man sieht: Es geht selten um den Jubilar, meistens um die Jubelgemeinde, deren Gemeinschaft bestärkt werden soll.

Der deutsche Kalender, wir erinnerten bereits daran, hält positive Bestärkungen bei politischen Gedenktagen in Grenzen – Jubel im decrescendo. Man denke an den 9. November. Der Jubel über den Fall der Mauer 1989 läßt sich mit dem leicht sozialistisch bestäubten Bürgerstolz auf die Ausrufung der Republik im Jahr 1918 vereinbaren; aber auch mit dem 9. November 1938? So feiern wir eben den 3. Oktober in Erinnerung an den Volkskammerbeschluß des Jahres 1990 zum Beitritt der fünf neuen Länder zur alten Bundesrepublik.

Deutschlands Glück liegt eine Ebene unter der nationalen. Hier dürfen wir befreit aufspielen, seitdem Sebastian Haffner die alten Länder gegen die Dismemberment-Pläne seiner Schutzmacht in Schutz nahm und sogar Preußens historische Unschuld beteuerte. Da sich bei den Siegern so viel Geschichtskennntnis nicht fand, haben die süddeutschen Föderalisten nach

1945 das Stück „Die Unschuld der Provinz, vor allem in Süddeutschland“ intoniert. Dabei hat man sich – denken Sie nur an Fegers Schwäbisch-Alemannische Demokratie – in wenig patriotischer Manier gegen das nördliche Deutschland verhalten. Was nun die Jubiläen angeht, so gab es drei Jahre nach dem Zusammenbruch gleichwohl ein großes nationales Ereignis: die Erinnerungsfeier an 100 Jahre Paulskirche, danach, von der Freiburger Regierung ausgerichtet, die Gedenkfeier an die Niederschlagung des Aufstands in Rastatt.

Partikularen Vergemeinschaftsjubel hat man, nachdem der Südweststaat gebildet war, auch im neuen Land gefunden: Schon 5 Jahre nach der Gründung wurde ein Landesfest auf dem Stuttgarter Killesberg organisiert. Der unvergessene Bundespräsident Heuss hielt eine schöne und sehr persönliche Rede, in der er sich – was er schon früher getan hatte – als schwäbisch-badische Integrationsfigur deutete, und zwar mit Hinweis auf seine landsmannschaftlich durchsetzte Familie. Ich selbst erinnere mich daran schon darum ganz gut, weil ich für das Stuttgarter Fest als einziger schulfrei bekam, weil der Direktor des Freiburger Berthold-Gymnasiums mich zum Oberschulamt in der Schloßbergstraße schickte, wo ich eine Fahrkarte nach Stuttgart und eine Ehrenkarte als Delegierter der Schule ausgehändigt bekam. Mit der Ehrenkarte durfte man im Killesberg-Bähnle herumfahren, solange man wollte. Da wir an den Ablauf erinnert haben, der bei kirchlichen Jubiläen Brauch war, kommt es mir heute so vor, als sei das eine kindgemäße Form des Ablasses – oder sollte man eher sagen – der Verführung gewesen. Sie hat mich allerdings nicht dazu bewegen können, meine badische Loyalität aufzugeben.

Südweststaatliche Festakte setzten nun alle fünf Jahre ein, je unsicherer man sich des Landes war, desto häufiger versicherte man sich seiner wachsenden Dauer. Im letzten Jahr konnte das Fünfjahresvergnügen erstmals den Rang eines Jubiläums erklimmen – man hat es ganzjährig durchgefeiert.

Landesjubiläum und Südweststaatslegende [\[5\]](#)

„Das Landesjubiläum ist für uns Anlaß, innezuhalten und dankbar zurückzuschauen.“ (Erwin Teufel). Das Uns in diesem Satz irritiert: wer wird da einbezogen, wer hält sich da lieber draußen? Aus badischer Perspektive jedenfalls gibt es nicht nur den Blick zurück in Dankbarkeit, sondern auch im Zorn. Um gerecht zu sein: Wir erinnern wir uns an zwei recht unterschiedliche Phasen der Südweststaatsgeschichte:

- eine erste, in der das Land unter badischem Anerkennungsvorbehalt stand, deren Behandlung noch heute die Zornesadern schwellen läßt. In dieser ersten Phase war die badische Frage akut, die wir heute als alte badische Frage verstehen; ihr folgt
- eine zweite Phase, beginnend mit dem Jahr 1970, in der die alte badische Frage erledigt worden ist. In ihr geht es nur noch darum, alle Landesteile fair am wachsenden Wohlstand und Glanz zu beteiligen. Soweit das mißlingt, ist die Gefahr einer neuen badischen Frage nicht von der Hand zu weisen.

Die Frage, wie das Land seinen über fast ein Vierteljahrhundert währenden provisorischen Bestand verkraftet hat, führt geradewegs zum Problem der Legitimation jenseits des von Art. 28 GG vorgesehenen Verfahrens. Um eine solche Legitimation anzuregen, beschafften sich die Eliten des neuen Landes – neben der Wahllegitimation für die kommunalen Gebietskörperschaften und den Landtag, eine ideelle Legitimation aus Ordnungskonzepten verschiedenster Art.

Dazu wählte man interpretierte Vorgaben der Geschichte. Konservative Kreise etwa beriefen sich auf die Stauer oder erinnerten an die Grenzen des Schwäbischen Reichskreises, sozialdemokratische Kreise vertrauten sich dem Gedanken des sozialen Fortschritts an, der im Südweststaat nun einmal glaubhafter marschiere als in den alten Ländern, liberale Kreise rechtfertigten das Land aus wirtschaftlicher und administrativer Vernunft, anfangs auch im Blick auf französische Begehrlichkeit, die damit besser abzuwehren sei, Heimatvertriebene sahen in ihm eine Existenzgrundlage und wohl auch ein Zeichen für die Wiedervereinigung aller Deutschen. Mit all dem hat man den Südweststaat umstrickt, so daß die schlichte und klare Forderung des Heimatbundes Badenerland, dem badischen Volk Gelegenheit zu geben, seine Präferenz unbehindert auszudrücken, kaum noch wahrgenommen wurde.

Erst spät hörte man von Altministerpräsident Hans Filbinger neue und ungewohnte Töne. Die Stuttgarter Zeitung überschrieb einen entsprechenden Bericht mit dem Satz: „Vom badischen Separatisten zum Ministerpräsidenten des neuen Bundeslandes: Hans Filbinger erklärt seinen Sinneswandel [6]“. Nun war Filbinger nie ein Separatist, sondern er war bis zur ersten Südweststaatsabstimmung im Dezember 1951 badischer Unionist. Heute räumt er ein, daß das von Wohleb und der Badenerbewegung angestrebte selbständige Bundesland im Kreis der deutschen Länder auf der Geberseite des Finanzausgleichs gestanden hätte. Er würdigt die „große(n) Enttäuschung und Empörung in Südbaden nach dem 9. Dezember 1951“. Zumindest indirekt erinnert er an die demokratisch zweifelhafte Landesgründung. Für seinen raschen

Sinneswandel vom Altbadener zum Südweststaatler hat er die Erklärung bereit: „Der Schmollwinkel war kein politisch verantwortlicher Standpunkt...Kein Unternehmer hätte in ein Land investiert, das vielleicht nicht zusammenbleiben würde.“

Was einem Altministerpräsidenten billig ist, nämlich die Demokratie-Problematik der ersten Südweststaats-Abstimmung zu umgehen, muß einem amtierenden recht sein. Ministerpräsident Teufel sagt im Geleitwort zum Jubiläumsband der Landeszentrale für politische Bildung trotzig: „Am Ende entschied das Volk [7]“. Wäre das der Fall, hätte das Verfassungsgericht im Jahr 1956 nicht vom überspielten Volkswillen reden können.

Das Beschweigen in den Reden zum Jubiläum

Nicht alle Ereignisse in der Landespolitik sind geeignet, in Jubiläumsreden scharf erinnert zu werden. Dazu gehört auch der 29. April 1952. Der Lärm und die erregten Zurufe an Reinhold Maier, mit denen damals die düpierte CDU-Fraktion auf dessen überraschende Regierungsbildung reagiert hat, sind längst einer serenem Betrachtung gewichen. Die Baden-Württemberg-Partei CDU scheint sich nämlich der Korrektheit des Verhaltens ihrer damaligen Abgeordneten nicht mehr so sicher. Wie sehr die Dinge sich gedreht haben, zeigt die Tatsache, daß Maiers Taschenuhr nicht mehr als corpus delicti eines Staatsstreichs gilt, sondern als politische Reliquie ins neue Haus der Geschichte Eingang gefunden hat. (Im Haus der Geschichte stehen ihre Zeiger auf 12.36, also sechs Minuten später als Maiers ominöse Gründungserklärung für das Land. Der Grund der Unstimmigkeit erfährt man bei einer Führung: Das Werk der Uhr springe bei Berührungen an und die Erben hätten untersagt, die Zeiger zu manipulieren).

Eine andere mit Schweigen übergangene Tatsache ist, wie die wie die Landesregierungen unter Gebhard Müller, dann Kurt G. Kiesinger und zuletzt noch Hans K. Filbinger den Volksentscheid nach erfolgreichem Volksbegehren des Heimatbundes Badenerland verschleppt haben.

Klar, daß im Festjubiläum des Landes vorwurfsvolle Worte keinen Ort haben – so auch das bittere Wohlebsche Wort vom maleficium. Es ist der Sache nach mit dem Plebiszit von 1970 vom Tisch. Desto beachtlicher, daß der seinerzeitige Freiburger Regierungspräsident Hermann Person noch im Jahr 1975 den Mut hatte, besagte Äußerung Wohlebs (vom 17. Mai 1954) aktuell und zustimmend zu kommentieren. Er würdigte die Mahnung, „daß Wahlen und Wahlrechtsfragen schlimme, fortzeugende Übel gebären, wenn diese demokratische

Aktionsbasis des Wahlbürgers rein juristisch zementiert wird...Wenn ... der Wahlbürger in der Wertung in Wahlen und Abstimmungen eine sinnvolle Gerechtigkeit nicht mehr erblicken kann, dann entsteht Mißtrauen und Staatsverdrossenheit [8]”.

Auch wenn man die Zurückhaltung der Amtsträger gegenüber dunklen Flecken auf dem Gewand des Landes respektieren wird, so wäre es allemal ein Zeichen von Größe gewesen, auch im Jubiläumsjahr über Macht und Recht, Vergangenes und Gegenwärtiges zu diskutieren. Das war in Bonn im Jahr 1989 der Fall, als die Kommission für geschichtliche Landeskunde zu einem Symposium „Baden-Württemberg und der Föderalismus in der BRD (1949-1989)” eingeladen hatte. Die sich auf den Ausgleich im Land so viel zugute halten, hätten nichts verloren, wenn sie die Schlachtordnung der Jahre 1949 - 1956 genau und hinsichtlich der Personen fair hätten erinnern lassen.

Was den letzten Punkt angeht, so hat Erwin Teufel sich übrigens nichts vorzuwerfen. Als der Vorstand der Badischen Heimat jüngst über Eschenburgs Charakteristik des badischen Staatspräsidenten einen Beschwerdebrief sandte, weil „der vorderösterreichische Hinterwäldler” und andere Spottattribute inzwischen in einer englischen Ausgabe der Landeskunde auch im Ausland verbreitet werden, da schrieb der Ministerpräsident seiner Landeszentrale für politische Bildung einen Brief. Er verlangte, daß dies künftig unterbleiben solle. Wie immer das realisiert werden kann – ich halte es für bemerkenswert, daß die Verspottung von Demokraten, die als Gegner eigener Projekte unterlegen sind, nicht länger unter die Aufgabe einer Landeszentrale fallen soll.

Sichtweisen von Amts wegen

Repräsentanten des Landes sind keine Historiker; ihre Äußerungen zur Landesgeschichte verbinden sich nämlich zu eng mit deren Amtsaufgaben und nehmen daher unter der Hand geschichtspolitischen Charakter an.

Wenn der Ministerpräsident als politische Führungsperson den Entstehungsprozeß des Landes erinnert, dann sagt er: „Es galt die Menschen in den Regionen und Landesteilen davon zu überzeugen, dass nur ein geeintes Land aus Baden und Württemberg in der Lage ist, aus eigener Kraft die Voraussetzungen für wirtschaftlichen Aufschwung und sozialen Fortschritt zu schaffen. Schließlich galt es, auch Bonn davon zu überzeugen, daß ein geeintes Land B.W für den Föderalismus ein großer Gewinn wäre... Wir können den Politikern dankbar sein, die sich nach 1945 mutig und beharrlich für den Südweststaat eingesetzt haben [9]”.

Die Väter des Landes bekommen bestätigt, daß sie den graden Weg eingeschlagen und mutig zuende gegangen sind.

Mehr Kontingenz kommt in Äußerungen eines anderen hohen Repräsentanten des Landes zum Ausdruck: des Herrn Landtagspräsidenten Straub. Er kann akzeptieren, daß Geschichte in Spruch und Widerspruch, also dialektisch, verläuft. Zur produktiven Seite eines Widerspruchs scheint ihn Goethes Mephisto zu inspirieren, der auf eine neugierige Frage des Dr. Faust Auskunft gibt:

„Nun gut, wer bist du denn?“

„Ein Teil von jener Kraft,

Die stets das Böse will und stets das Gute schafft.“

Der aus dem Badischen stammende Hans Straub bietet seine dialektische Sichtweise gegenüber jenen badischen Landsleuten auf, die für die alten Länder eintraten. Welche Rolle spielten sie in der Frühgeschichte des Südweststaats? Er erinnert daran, daß mit der Wahl der Verfassunggebenden Landesversammlung „nicht alle Vorbehalte gegen die staatliche Neugliederung“ vom Tisch gewesen seien. Darum habe es nicht genügt, sie argumentativ zu widerlegen, man habe sie „faktisch widerlegen“ müssen. Die Landespolitik habe sensibel darauf geachtet, daß alle Landesteile ausgewogen erreicht und die regionalen Kulturen und Profile nicht nivelliert werden. Die Fusion sei aus diesem Grunde gelungen. „Und deshalb können wir heute allen Akteuren des langen, harten Kampfs um den Südweststaat in gleicher Weise Hochachtung zollen. Den mutigen, weitsichtigen Protagonisten der Vereinigung ebenso wie den leidenschaftlich ihren Überzeugungen folgenden Gegnern. Reinhold Maier, Gebhard Müller und Fritz Ulrich ebenso wie Leo Wohleb und Franz Gurk. Diese Namen lassen Geschichte plastisch werden [10]“. Wohleb und Gurk paradieren hier gewissermaßen in der Rolle des Mephistopheles.

Freimut der Gastredner

Was Redner im repräsentativen Amt nur begrenzt wahrnehmen dürfen, wird zur Chance der Gastredner: Freimut.

Zwei Rhetoren aus München waren in den Landtag geladen, Hans Maier und Robert Leicht. Der vormalige bayerische Kultusminister legte gleich zu Beginn seines Vortrags über „Lernen, Denken und Dichten in Baden-Württemberg“ das Bekenntnis ab: „Die Art, wie der Südweststaat zustande gekommen war, die Umstände der Abstimmung, das Auf und Ab des

Bundesverfassungsgerichts in seinen Entscheidungen – das alles verletzte mein Rechtsgefühl. Lieber hätte ich das alte Baden – und auch das alte Württemberg – wieder erstehen sehen.” Die Befürchtungen des Anfangs [11], so räumt er dann freilich ein, wurden enttäuscht: „Die Partner raufte sich zusammen – wozu auch badische Eigenwilligkeit und Renitenz ihren Teil beigetragen haben mag... Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die Geschichte des Landes Baden-Württemberg wurde zu einer Erfolgsgeschichte, die schließlich auch die Skeptiker überzeugte [12]”. Er läßt sich dadurch aber nicht zur Fehleinschätzung hinreißen, es gäbe am Ende von fünfzig Jahren Baden-Württemberg einen ausgepichteten homo baden-wurtembergensis als Synthese, gar als Liebschaft aller im Land vertretenen Menschen und Kulturen. „Bleiben wir ... ruhig, was wir sind; bleiben wir Badener und Württemberger, Hohenzollern und Pfälzer, Franken und Alemannen. Eine Vernunfttehe ist nichts Schlechtes.”

Auch ein zweiter Gastredner im Landtag, Robert Leicht, hielt nicht an sich mit stacheligen Anspielungen. Nicht wenige der von Amts wegen beschwiegenen dunklen Stellen bei der Bildung des Südweststaats spierte er auf: etwa durch eine Anleihe bei Lessings verführerischem Gallier: „corriger la fortune”, was Leicht mit „nachhelfen, um die Geschichte zu überspielen” aktualisierte. Gewiß wolle auch er keine „historischen Wunden aufreißen”, aber nach 50 Jahren dürfe man doch zugeben: „Bei der Auszählungsregelung für die Volksabstimmung am 9. Dezember 1951 ist das Volk der Badener insgesamt doch ein wenig – was heißt das?- ausgebremst worden. Das Reißbrett siegte halt über die Geschichte. Und daß es schließlich bis zum 7. Juni 1970 dauerte, bis diese Wunde in einer letzten Volksabstimmung geheilt werden konnte, war gewiß kein Ruhmesblatt in der Geschichte der plebiszitären Demokratie.” Kritisch erinnert er an Filbingers Drohung unmittelbar vor der Abstimmung, er werde - falls diese falsch ausgehe - zehn Jahre lang die Gerichte mit Prozessen beschäftigen.. Und er macht sich über die späte Bemerkung Kurt G. Kiesingers lustig, man hätte doch schon 1951 das badische Volk entscheiden lassen sollen: „Großmut kommt nach dem Fall [13]”.

Mit dem Hinweis auf das Reisbrett der Stimmkreis-Planer ist das Stichwort für eine Entwicklung gegeben, die der Gastredner damit gar nicht anvisiert hatte: die Modellplanung der Landkreise und Regierungsbezirke Anfang der 70er Jahre. Da sie zur Konsolidierung des Landes beitragen sollten und nicht gewagt worden waren, als bis der badische Landesteil sein Placet zum Land gegeben hatte, läßt man die Gründungsphase des Landes mit der Gebietsreform enden. So auch Sabrina Müller im Buch zur Dauerausstellung im Haus der Geschichte Baden-Württemberg [14].

Gebietsreform

Mit einem satten 80-Prozent-Ergebnis bei der wiederholten Baden-Abstimmung im Rücken konnte die Große Koalition in Landtag und Landesregierung endlich an die Gebiets- und Verwaltungsreform herangehen, über die man die Meinung der Wohnbevölkerung vielfach feststellen ließ. Der Nachfolger von Anton Dichtel im Amt des südbadischen Regierungspräsidenten, Hermann Person, meinte damals: „Wozu läßt man den mündigen Bürger abstimmen, wenn man ihm nachher mit erhobenem Zeigefinger erklärt: Aber der Landtag ist der Souverän. Eure Entscheidung ist informativ und damit belanglos [15]“.

Jedenfalls bedeutete der Anfang der 70er Jahre einen Wendepunkt in der Landesinnenpolitik: die 160 Jahre alte Binnengrenze zwischen Baden und Württemberg bzw. Hohenzollern wurde verwischt und der Zusammenhang der alten Länder gebrochen [16]. Für die bürgerschaftliche Kultur des Landes hatte die Gemeinde- und Kreisreform insofern negative Folgen, als sie das gemeindebürgerliche Engagement geschwächt hat. Das räumt Lothar Späth unumwunden ein, als er zum 100. Geburtstag Leo Wohleb nach Freiburg kam und der Enthüllung einer Büste des Staatspräsidenten im Jahr 1988 im Baslerhof beiwohnte. Er rühmte in seiner Ansprache Wohlebs kommunalpolitisch Weisheit und beteuerte, man hätte bei ihm lernen sollen und hätte dann Fehler vermieden, die bei der Kommunalreform passiert seien [17].

Die wohl anhaltendste Verärgerung hat die Verwaltungs- und Gebietsreform in den alten Kreisen hervorgerufen, in denen das eigene Landratsamt aufgehoben wurde. Denn der Bleistift der Planer verlangte, daß die Zahl der Kreise von 65 auf 35 (zu denen 9 Stadtkreise kommen) reduziert wurden. Die Neuabgrenzung der Regierungsbezirke wurde bislang nur begrenzt zum Anlaß für den Neuzuschnitt des Organisationsgebiet gesellschaftlicher Vereine und Verbände und auch die Kirchen haben sich der Änderung der staatlichen Verwaltungsgrenzen, die die Oberlandesgerichts-Bezirke unverändert fortbestehen läßt, nicht angeschlossen [18].

Aber täuschen wir uns nicht: auf die Dauer wird die neue Zuständigkeit der staatlichen Innenverwaltung Wirkung zeigen[19]. Und dies ist auch nichts, was nur funktional wirkt, also ohne vorausseilende oder begleitende Intention. Landespolitiker hatten es von Anfang an auf verstärkte Integration der Landesteile durch Abflachung ihres historischen Profils gesetzt.

Wie vereinbaren sich die Konzepte der Verwaltungsgliederung mit den Konzepten der Integrationspflege?

Konzepte zur Integration

Baden-Württemberg, so sagt der Ministerpräsident, sei „kein ‚zentralistisches‘ Land, in dem alles auf einen Mittelpunkt ausgerichtet ist. Im Gegenteil: Wir sind stolz darauf, daß sich das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben über das ganze Land verteilt [20]“.

Stuttgarter Verwaltungspolitik zielte von Anfang an auf das Zusammenwachsen [21] der vormals selbständigen bzw. der historischen Landesteile. Die Wege die beschritten wurden, folgen einander im Zeitverlauf:

Zunächst wurde ein *staatliches Bild* gepflegt, das an historischen Landesgrenzen und an den Regierungssitzen der Besatzungsländer Maß nahm. Es entspricht dem Karlsruher Vertragsentwurf aus dem Jahr 1949, Reinhold Maier als Ministerpräsident und die Verfassunggebende Landesversammlung haben es im Verwaltungsgesetz für das neue Land bestätigt (1952). Die Ratio dieser Entscheidung lag darin, Verwaltung im Rahmen der älteren Staatlichkeit zu belassen, um Empfindlichkeiten der Landsmannschaften zu schonen. Solange dieses Bild galt, blieb der Südweststaat am meisten der Tradition der alten Länder verpflichtet, war am wenigsten „künstlich“. Ernst Teufels Worte vom Leben, das über das ganze Land verteilt ist, scheint zu passen – und doch ist es nicht darauf gemünzt.

Seit den 60er Jahren wechselte man zu einem *administratives Bild*, das unterhalb der Ministerial- und oberhalb der Kommunalebene durch *Mittelinstanzen in Gestalt der vier Regierungspräsidien* geprägt war. Die hierin zum Ausdruck kommende Traditionsbindung endete mit den Planungen für die Gebiets- und Verwaltungsreform der frühen 70er Jahre. Daß an ihnen Politiker aus badischen Wahlkreisen beteiligt waren: von Hans Karl Filbinger über Walter Krause bis zu Theopont Dietz macht die Sache nicht besser. Seit 1973 sind die vier -Regierungsbezirke neu zugeschnitten, wobei es jeweils zu badisch-württembergischen Gebiets- und Grenzverschiebungen kam. In den Städtenamen, die die Regierungspräsidien jetzt erhielten, kam der Wille zum Abbruch landsmannschaftlicher Tradition am deutlichsten zum Ausdruck. Indes sich die Freiburger Regierungspräsidenten bis heute nicht zu verkünden, seine Behörde sei für „Südbaden“ zuständig. Wenn man sich im Baslerhof in Freiburg also weiterhin an älterer Staatlichkeit orientiert, so macht man den Rottweilern und Reutlingern zumindest an Fasnacht alemannische Komplimente.

Offenbar stehen wir wieder vor einem Zielbild-Wechsel, nachdem der Wille des Gesetzgebers von 1971 nicht vollzogen wurde. Damals hatte der Landtag die Regierungspräsidien im § 25

des Kreisreformgesetzes zur Disposition gestellt: „Die Regierungspräsidien sind mit Wirkung vom 1. Januar 1977 aufgehoben. Das Nähere regelt ein Gesetz.“ Der Karlsruher Hans Kühn nennt diesen Paragraphen „offenbar nicht zuendgedacht“. Denn Distanz zu kommunalen Entscheidungsträgern gilt ihm, in Übereinstimmung mit der Sachverständigenkommission für die Verwaltungsreform, sehr wohl als eine Chance zur Versachlichung von Streitfragen [22]. Die SPD freilich holte die alten Pläne, nachdem die FDP sie gerade erst aufgegeben hat, zum Ende des Jubiläumjahres wieder hervor. Das Zielbild der Reform ist ein *regionalistisches*: Acht Regionalkreise sollen die vier Regierungspräsidien und die 35 Landkreise ablösen. Das Echo unter den Betroffenen ist, je nachdem ob sie dabei gewinnen oder verlieren, geteilt. Während Bürgermeister und Oberbürgermeister sich unter bestimmten Umständen damit anfreunden könnten – der ehemalige Freiburger OB Böhme spricht für seine Stadt allerdings von „vermintem Gelände [23]“, da der Stadt den Verlust des Regierungspräsidiums verschmerzen müßte – reagiert der Präsident des Landkreistags unumwunden negativ. Sein Hauptargument, daß damit ein „Verwaltungszentralismus alter Prägung“ geschürt werde [24], ist weitsichtiger als es aufs erste Hinhören scheint.

Wir wollen das an der *kulturhistorischen Variante* dieses Zielbildes zeigen: Sie demonstriert „Vielfalt und Stärke der Regionen“, was dem Titel eines zum Landesjubiläum erschienen Buches entspricht, das Ministerpräsident Teufel mit einem Geleitwort versehen hat. Wir haben daraus mehrfach zitiert. Die genannte Variante wirkt, wenn ich mich nicht täusche, wie ein Sprungbrett für einen Stuttgart-Zentralismus, und das befürchtet ja wohl auch der Präsident des Landkreistages [25]. Je nach den Gesichtspunkten, die einer wählt, ergeben sich ihm historische oder Industrie- oder Landschaftsregionen. Wehling selbst spricht von „Bewußtseinsregionen“; die ihm und den Mitherausgebern als Alternative zu den Verwaltungsregionen gelten. „Landeskunde betreibt, – so schreiben sie – wer dieses Land Baden-Württemberg gerade in seiner Vielfältigkeit zu erkunden sucht... die Regionen herausarbeitet, die nicht auf dem Papier stehen... um planerischen Absichten gerecht zu werden, sondern ... Bewusstseinsregionen [26]“. Um wieder auf den Boden zu kommen, nehmen die Herausgeber „im abschließenden Kapitel anhand harter Daten das Land heute und als Ganzes“ in den Blick, „wie es seit 1952 besteht und in fünfzig Jahren zusammengewachsen ist – mit erheblichem Erfolg, wie die statistischen Daten dieses Kapitels ausweisen [27]“. Bewußtseinsregionen sind also etwas Schwebendes, sie machen zentrale Steuerung nicht überflüssig, sondern rufen sie geradezu herbei. Kein Wunder, daß das Geleitwort des höchsten Repräsentanten des Landes diese

Tendenz bekräftigt: „Die Vielfalt und Stärke der Regionen sind ein Glücksfall für das Land Baden-Württemberg [28]“.

Den Bewußtseinsregionen stellt sich das administrative Leitbild des Landes entgegen. Auch zu dieser Tendenz ist ein Jubiläums-Buch erschienen: „Die badischen Regionen am Rhein. 50 Jahre Baden in Baden-Württemberg.“ Der Vortragende, der als Herausgeber zeichnet, legte den Begriff der „Region“ als Regierungsbezirk aus – was ihm freistand. Damit ließ sich der größere, administrativ noch vereint gebliebene, Teil des alten Badens dem Rhein entlang einsammeln. Auch in diesem Buch blieben „Bewußtseinsregionen“ – nämlich abgelöst von der tradierten Verwaltungszugehörigkeit als „ausgegliederte Kreise und Gemeinden“: Überlingen und Villingen etwa oder das badische Frankenland mit Tauberbischofsheim.

Bei der Präsentation des Buches waren beide Regierungspräsidenten vereint, es gab eine badische Feier im Baslerhof in Freiburg – nicht als ein Ereignis der Separation, sondern als ein Beitrag zum Landesjubiläum –, zwei Botschaften gingen davon aus:

- die Regierungspräsidien sind – auch in ihrer gebietsverschobenen Form – der wichtigste Rückhalt der alten Landesteile und
- die Identität des Landes bildet sich nicht von kleinen und kleinsten Bewußtseinsregionen direkt zur unitaristischen Landesidentität, sondern aus geschichtlicher Doppelidentität - einer badischen und einer württembergischen.

Nun wäre aber die politische Führung des Landes nicht, was sie ist, wenn sie nicht die Entwicklungslinie von der doppelten Identität über die vielen kleinregionalen Identitäten zur unitaristischen Landesidentität mit beinahe allen Mitteln betriebe [29] - bis hin zu einem Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Weil im letztgenannten die regierungsamtliche Identitätspolitik, ob gewollt oder ungewollt, besonders schön zum Ausdruck gelangt, wollen wir abschließend noch darauf einen Blick werfen.

Haus der Geschichte B.-W.

Gegen Ende des Jubiläumjahres, genau am 12. Dezember, eröffnete der Ministerpräsident das Haus der Geschichte Baden-Württemberg in dem „Kulturmeile“ genannten Abschnitt der Konrad Adenauer Straße von Stuttgart. Er sprach von einem „herausragenden Geburtstags-geschenk“, das „sich das Land und alle Bürgerinnen und Bürger zum 50jährigen Jubiläum macht [30]“.

In seiner Eröffnungsrede hat der Ministerpräsident das Haus nicht nur als einen Beitrag zur Entwicklung der Landeshauptstadt gewürdigt, er erblickt darin auch etwas, das ein Gefühl für das Land insgesamt vermitteln kann [31]: Daß es an einem solchen noch immer schmerzlich fehle, ist seit längerem die Botschaft namhafter Kollegen. Wer erinnerte sich nicht an Otto Borst, dessen Beitrag zu einem Baden-Württemberg-Gefühl im Vorwort zum Katalog des Hauses von Thomas Schnabel zu Recht gewürdigt ist und der – für mich unvergeßlich – vor zehn Jahren im Freiburger Kaufhaussaal für eine übergreifende Landesidentität und gegen den badisch-württembergischen Dual gestritten hat [32].

Der Ministerpräsident sprach von einem „integrativen wie integrierenden Auftrag“ des neuen Hauses: Es solle „ein Symbol der heimatlichen Verbundenheit von Menschen unterschiedlichster Herkunft“ sein. Auch solle die „Gegenwart Baden-Württembergs ... aus seiner Geschichte heraus verständlich“ werden.

Beides ist wohl diskussionsbedürftig:

Zur Geschichte: Thomas Schnabel schreibt im Katalog: „die Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jh. schufen schließlich die Voraussetzungen für die Bildung des heutigen Bundeslandes B.-W.“ (S.8) Recht hat er. Warum dann in aller Welt beginnt man mit Napoleon [33]?

Zur heimatlichen Verbundenheit: Es fällt auf, daß der Heimatbegriff aufs ganz Land ausgedehnt wird. Die Erfahrungen des Jubiläumsjahres waren vielfach andere: die Leute haben im alten Baden allemal das Badenerlied angestimmt – und das keineswegs als Kriegsgesang gegen Stuttgart, sondern als ihre Art, sich in Baden-Württemberg wohlfühlen. So hat auch Kollege Matz (Uni Mannheim) davon berichtet, er sei bei seinen Festvorträgen in den Regionen des Landes keinem Bedürfnis nach Landesidentität begegnet [34]. Zu heimatlicher Verbundenheit scheinen mir jedenfalls die Vereine in den alten Ländern, die Stadt- und die alten Landesmuseen und nicht zuletzt die Arbeitsgemeinschaft für Geschichtliche Landeskunde am Oberrhein ungezwungener beizutragen als das neuzeitgeschichtlich ambitionierte Haus vis à vis vom Stuttgarter Landtag.

Und doch ist wahr: das Entrée ins Haus der Geschichte hat Stil: beginnend bei den Licht-Arrangement im Foyer, aufsteigend den Doppel-Treppengang und mündend in die Rotunden des Obergeschosses. Da nun aber das hergebrachte Mißtrauen gegen mögliche Verstöße gegen badisch-württembergische political correctness allgegenwärtig ist, verwundert es nicht, wenn auch das 19. Jahrhundert unter diese Norm gerät. Es soll Besucher geben, die beim Aufstieg

über die Treppen die Größenunterschiede württembergischer und badischer Bilder monieren: Warum werde der badische Markgraf Karl Friedrich in kleinerem Rahmen gezeigt als Herzog Friedrich, nachmals Friedrich I.? Der Direktor des Hauses gibt solchen Kritikern, wie er mir sagt, jovial und hintersinnig die Antwort: „Gebt mir einen größeren Karl Friedrich, und ich häng ihn auf [35]“.

Ich frage mich: Muß er wirklich in Stuttgart hängen?

Schlußbemerkung

Unser Durchgang durch die Geschichte des Südweststaats aus Anlaß des Landesjubiläums hat Tendenzen offiziöser Geschichtspolitik und ihren Zusammenhang mit der variablen Gliederung des Landes gezeigt.

Baden-Württemberg keine anderen Politik-Probleme als alle andern Flächenstaaten auch; sie lassen sich beschreiben als die Doppelaufgabe, einerseits dem Gemeinwohl des Landes zu dienen und andererseits die Belange der einzelnen Landesteile oder Regionen angemessen zu bedienen. Diese Doppelaufgabe wäre unlösbar, wenn jeder Sondervorteil, den eine Region einstecken darf, auf die Zustimmung aller andern Regionen angewiesen wäre. Das aber bedeutet: Politik muß zwei Bedingungen beachten:

1. Sondervorteile müssen regional wandern, d. h. es darf keine Erbhöfe – auch nicht in der Form eines Hauptstadtbonus - geben, und
2. Sondervorteil dürfen nicht in einem einzelnen Landesteil abschließend konsumiert werden, sondern müssen zum Wohl des ganzen Landes, zum Wohl der Nation ausschlagen können.

Die zweite Bedingung kann man leichter berücksichtigen, wenn unbestrittene Gemeinsamkeiten existieren, also ein relativ hohes Maß an Konsens besteht. Die Bemühung um Fusionen, um Integration, um eine einheitliche Identität, die sich die Landespolitik von Stuttgart aus so angelegen sein läßt, ist diesem Ziel zugeordnet.

Die erste Bedingung ist nicht weniger beachtlich, folgt aber einer ganz anderen Logik: der Partikularität und der Regionalität. Für sie muß auf subsidiäre Strukturen zurückgegriffen werden, wie sie 50 Jahre lang - nicht unwidersprochen – als staatliche, dann als administrative

Form der Landesgliederung durch Regierungspräsidien gesehen worden sind. Warum sie nicht im großen und ganzen erhalten?

Daß Karlsruhe und Freiburg so wie auf der anderen Seite Tübingen und Stuttgart durch partielles Zusammenwirken die alten Länder repräsentieren können, darauf haben die Karlsruher Regierungspräsidentin und ihre Freiburger Kollege mit der Hilfe von 50 Autoren aufmerksam gemacht, indem sie im Jubiläumsjahr gemeinsam ein badisches Buch für Baden-Württemberg schrieben: „Die badischen Regionen am Rhein. 50 Jahre Baden in Baden-Württemberg“. Als dessen Herausgeber sehe ich darin einen Wink an die derzeitige und jede künftige Landesregierung, es weder mit der Fusion, noch mit der Kleinteilung der historischen Länder zu übertreiben – einen badischen Wink also. Ich schließe meinen Vortrag mit einem Zitat aus dem Geleitwort der Regierungspräsidenten:

„Die Entwicklung am Rhein in den vergangenen 50 Jahren war und ist spannend. Die Diskussionen um eine zeitgemäße Verwaltung, die Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Stuttgart und mit Rheinland-Pfalz, die grenzüberschreitenden Beziehungen zu Frankreich und der Schweiz – all dies war nicht nur in den vergangenen 50 Jahren eine Herausforderung, sondern wird dies auch künftig sein und damit einen guten Teil der Weiterentwicklung in unserem Bundesland Baden-Württemberg bestimmen [36]“.

DISKUSSION

Eine Diskussion hat nicht stattgefunden.

[1] „Begegnung im Haus der Geschichte“, in: Stuttgarter Zeitung v. 14. 12. 2002

[2] Vom Verf.: Leo Wohleb und die südwestdeutsche Geschichtslegende, in: Ders., Hg., Leo Wohleb – der andere politische Kurs, Freiburg 1975, S. 147 ff.

[3] Stuttgarter Zeitung v. 27. 10. 2000 S. VIII

[4] Die Vergegenwärtigung von Ereignissen aus dem Dritten Reich verdüstert regelmäßig das Gemüt derjenigen, die kollektiv als Abkömmlinge der sog. Tätergeneration bzw. als Angehörige des sog. Tätervolkes in Anspruch genommen sind; Erinnerungsfeiern dieser Art bestehen oft aus einer dichten Folge von Appellen an kollektive Schuld- und Schamgefühle, die von Gutmenschen bzw. von mit diesen verbundenen Repräsentanten gemacht werden. Obgleich Martin Walser derlei Inszenierungen im Jahr 1995 in seiner berühmten Sonntagsrede in Frankfurt am Main nur sehr vorsichtig kritisiert hat - Walser sagte: „ich zittere“ – wurden die Rede mitsamt dem Redner und denen, die ihm Beifall gespendet hatten, von jüdischer Seite, aber auch aus den Reihen der „Gutmenschen“ skandalisiert. Die soziale Funktion des Skandals ist es, jemanden aus der Gemeinschaft auszuschließen und die Reihen hinter ihm wieder fest zu schließen.

[5] Der Hang zur südwestdeutschen Geschichtslegende, über die ich zwanzig Jahre nach Wohlebs Tod (1975) geschrieben habe, blieb im Jubiläumsjahr ungebrochen. Sie „entstand dadurch, daß man die Geschichte des deutschen Südwestens zur Vorgeschichte des Bundeslandes Baden-Württemberg zurechtgestutzt hat und die Maßstäbe derjenigen sich zu eigen machte, deren politischer Wille realisiert wurde.“ (Vom Verf.: Leo Wohleb und die südwestdeutsche Geschichtslegende, in: Ders., Hg., Leo Wohleb – der andere politische Kurs, Freiburg 1975, S. 147 ff.)

[6] Stuttgarter Zeitung c. 20. 4. 2002 S. 6

[7] Zum Geleit, in: Baden-Württemberg, Vielfalt und Stärke der Regionen, hg. v. H.-G. Wehling, A. Hauser-Hauswirth, F.L. Sepaintner, DRW-Verlag 2002, S.6

[8] Die badische Krankheit, Kommentar von H. Person, in: Leo Wohleb, Der andere politische Kurs, hg. v. P.-L. Weinacht, Freiburg 1975, S. S. 102 ff. (103)

[9] E. Teufel in: Baden-Württemberg. Vielfalt und Stärke der Regionen S.5 f.

[10] P. Straub, Begrüßung, in: Festsitzung des Landtags von Baden-Württemberg aus Anlaß der konstituierenden Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung vor 50 Jahren., der Stuttgart 2002 S. 5 ff.

[11] Reinhold Maiers kulturkämpferische Ausfälle gegen „das schwarze Gewürm“ habe in der damaligen Situation nicht vertrauensbildend gewirkt, während Wohleb politische Verhältnisse gepflegt habe, in denen „-Originalton Wohleb - ´jeder Landrat, jeder Bürgermeiwwster weiß, wann die Frau im Haus ein Kind und die Kuh im Stall ein Kalb kriegt´“. Das waren für den

kinderlos gebliebenen Humanisten zwei wundersame Lebensstatsachen, die für ihn zu landsmannschaftlicher Verbundenheit ebenso gehören wie die heimatliche Sprache und die unmittelbare Demokratie.

[12] Maier erinnert dafür an die Beispiele, die das Land in vielen wichtigen Bereichen an der Spitze der deutschen Länder zeigen und in Mathematik und Naturwissenschaften über dem Durchschnitt der OECD-Staaten, was angesichts der sonstigen fatalen Ergebnisse deutscher Schüler in der PISA-E-Studie immerhin etwas besagt.

[13] R. Leicht, Zwischen Geschichte und Reißbrett, in: Festsitzung, hg. v. Präsidenten des Landtags von B.-W., Mai 2002, S. 18

[14] S. Müller, Aufbau des Südweststaats 1945-1972, in: Landesgeschichten. Der deutsche Südwesten 1790 bis heute, Stuttgart 2002, S.200. Was bei Thomas Schnabel Vorgeschichte war, wird bei Frau Müller der „Beginn der staatlichen Neuordnung des Südwestens“, dessen „Höhepunkt“ die Gründung des Südweststaats geworden sei. Das sind recht triumphale Einleitungssätze, die in späteren Abschnitten nicht mehr wiederkehren. Die drei südwestdeutschen Besatzungsländer lassen sich schwerlich mit dem emphatischen Begriff einer staatlichen Neuordnung belegen, ging es doch zunächst nur um die Bildung von states for administrativ purpose, also um deutsche Entsprechungen zu Verwaltungserfordernissen der Besatzungsmacht. Und das Jahr 1952 war- wenn ein Höhepunkt – so auch ein Tiefpunkt. Interessant ist das Enddatum der Aufbauperiode 1945 -1972. Denn in der Tat hat man den Volksentscheid abgewartet, bis man sich an die Gebiets- und Verwaltungsreform wagte. Man hätte alles vielleicht früher haben können, wenn man die rechtlichen Voraussetzungen für den Volksentscheid in Baden früher gewollt hätte. Frau Müller begnügt sich mit dem positiven Hinweis auf die demokratische Bestätigung des Landes durch die Badener im Jahr 1970.

[15] H. Person, Kommentar in: P.-L. Weinacht, Hg., Der andere politische Kurs S. 103

[16] Karlsruhe war Anfang der 50er Jahre für den Verlust der Hauptstadtfunktion durch die Ansiedlung von Bundesgerichten entschädigt worden; aber die einträglichere Funktion der südwestdeutschen Landeshauptstadt hatte Stuttgart übernommen. In der Landesentwicklung spielt Karlsruhe seit dem Beginn der 70er Jahre mit Städten wie Freiburg oder Mannheim nicht mehr in derselben Liga wie Stuttgart, aber es findet sich schlechter als die andern Städte damit ab. Den Anfang in der Erneuerung der badischen Frage machte die Karlsruher Industrie- und Handelskammer, als sie der Landesöffentlichkeit eine Denkschrift mit Neugliederungskonzepten zur Kenntnis gab, zu denen unter anderen die Wiederherstellung Badens als selbständiges Bundesland gehörte. Der vormalige Karlsruher Stadtrat, Karl Grund, gründete damals eine Bürgervereinigung („Landesvereinigung Baden in Europa“), die helfen sollte, das badische Erbe von Karlsruhe aus zu pflegen. Angesichts der Tatsache, daß Stuttgart mehr und mehr zum Zentrum für Wirtschaft, Banken, Messen, Verkehr, Kultur, Wissenschaft, Medien und öffentlichen Dienstleistungen wird, geißelt Grund Nachfolger im Amt des Vorsitzenden, Prof. Mürb, das Ungleichgewicht, mit dem Regierung und Landtag die Landeshauptstadt zulasten der übrigen Regionen ausstatteten. Er geißelte eine Politik, die nach der Devise zu verfahren schien, was gut sei für Stuttgart, sei auch gut fürs Land.

[17] Ein Vorzeigeprojekt für die Gemeindereform war die Verschmelzung einer württembergischen mit einer badischen Stadt. Weil jene jung, diese alt war, kam es beim Stadtjubiläum zu Schwierigkeiten. Die Villingener Hälfte der Bürgerschaft der Doppelstadt sah das Stadtfest als das ihrige, die Schwenninger sollten sich als Gäste beteiligen. Und also wurde das Gedenken an das Jahr 999, als noch kein Mensch an Schwenningen dachte, wohl aber den Villingern von Otto III. das Marktrecht verliehen wurde, zu einem Problem, weil man fürchtete, die kaum vernarbte Naht könnte wieder aufreißen. Oder sollte man so tun, als sei dies das Fest einer Doppelstadt, also politisch korrekt die Unterschiede negieren? Letzteres war die Intention der Stadtoberen, sie scheint ihnen nicht ganz geglückt zu sein.

[18] Daß die politischen Parteien sehr rasch gefolgt sind, ist nicht verwunderlich: haben sie doch über ihre Parlamentsgruppen die neuen Grenzen festgelegt und müssen sie doch nach dem Wahlgesetz des Landes ihre Vertretungsaufgabe innerhalb der Bezirksgrenzen wahrnehmen. Interessant sind die Abweichungen: Die Gerichtsbezirke der Land- und Oberlandesgerichte etwa folgen noch immer der historischen Landkarte.

Erst recht gilt dies für die beiden großen Kirchen. Was auch sollte das Erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg oder den Oberkirchenrat in Karlsruhe zu Änderungen veranlassen, wo sich in NRW vier Diözesen ins Landesgebiet teilen, noch dazu mit kräftigen Auswüchsen in andere Bundesländer! Die Schulreferate der Bischöfe sehen bis zur Stunde keinen Anlaß, die Zusammenarbeit mit vier Oberschulämtern und deren Schulämtern zu scheuen. Und auch die Oberlandesgerichte in den alten badischen Bezirken verstehen es, mit vier Polizeipräsidien zusammenzuarbeiten. Vollends hält der gesellschaftliche Bereich, von den Winzern bis zu den Sportlern, an den alten Regierungsbezirken bzw. sogar an den historischen Ländern fest. In Südbaden besann man sich seit der Mitte der 70er Jahre vermehrt auf Wohlebs Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung und den Bürgersinn in den südbadischen Kleinstädten. Die erneuerte Schwabentorbrücke in Freiburg wurde beziehungsreich mit einer Leo-Wohleb-Straße verbunden.

[19] Schon deutet sich an, daß die Gemeinden im Madonnenländchen ihre badische Anhänglichkeit unter der Achsenverschiebung von Karlsruhe nach Stuttgart verlieren. Wie sollte es auch anders sein, wenn ganz selbstverständlich die Lehrer aus Nordwürttemberg an die Volksschulen des Maintauberkreises unterrichten.

[20] E. Teufel, Zum Geleit, in Baden-Württemberg. Stärke der Regionen (2002) S. 6

[21] Staatsrechtlich gesehen gibt es zwei Methoden für die Integration von Land und Leuten: eine davon ist der Zentralismus, eine andere der Föderalismus. Im Blick auf das jeweilige Endergebnis bezeichnete Wohleb die zweite als „feinere Methode der Einheitsbildung“. Das gilt ebenso für den Bund wie die Verwaltungsgliederung der größeren Länder.

[22] H. Kühn, Das Regierungspräsidium Nordbaden (1952-1972) in: Badische Regionen am Rhein. 50 Jahre Baden in Baden-Württemberg, hg. von P.-L. Weinacht, Baden-Baden 2002, S. 53

[23] Rolf Böhme – ein einflussreicher Politiker verlässt das Freiburger Rathaus, in: Stuttgarter Zeitung v. 8. Juni 2002 S. 7

[24] Pressemitteilung des Landkreistages v. 9. 1. 03

[25] Wie darf man sich das vorstellen? Man erinnere sich einer römischen politischen Devise: *Divide et impera*. Landeskundlich – und die Herausgeber des besagten Bandes über Baden-Württemberg, Frau Hauser-Hauswirth, Sepaintner und Wehling sind namhafte Landeskundler – würde sie folgendes besagen: Zerreiße den Zusammenhang der Regierungsbezirke, erst recht der alten Länder, indem du Kleinregionen herausbrichts und sie als selbständige Welten beschreibst. Politiker mögen diesem Multiregionalismus dann ein einigendes Dach bieten! In diesem Sinn verfahren die genannten Herausgeber, indem sie die Landesteile in nicht weniger als zehn Regionen auflösten. Nur zwei davon tragen zur Erinnerung an die alten Länder deren Namen, es sind, so heißt es, die jeweiligen Kernlande. Klaus Jürgen Matz nimmt sich das badische Kernland vor - kenntnisreich und mit spitzer Feder. Er tut es – gewissermaßen um die badische Frage als innere Fragwürdigkeit Badens zu enthüllen – und beschreibt die Beziehung zwischen Pforzheim und Karlsruhe als Beispiel für Dissoziation statt für dynastische Zentralitäts- und Einheitssorge. Anderen Regionen-Beschreibungen im Badischen schließen daran an, bis hinauf zur oberen Markgrafschaft, die in der heute so genannten Hochrhein-Region gelegen ist, für die der tüchtige Mediävist Norbert Ohler eine geopolitische Eigentümlichkeit aufdeckt: Der südliche Schwarzwald sei eine „Barriere gen Norden“, also wohl ein Fingerzeig der Natur, daß auch hier der badische Zusammenhang fehlt.

[26] B.-W., Vielfalt und Stärke der Regionen S.27

[27] ebd. S.28

[28] ebd. S. 6

[29] BNN 7. Februar 2003: Die Fusion der Landeswohlfahrtsverbände gilt als gescheitert S. 5

[30] Das Geschenk, das wir uns gemacht haben, kostete 17 Millionen Euro allein für den Bau – zusammen mit der im rückwärtigen Teil untergebrachten Musikhochschule 33,5 Millionen. Nicht allein die Baukosten, sondern die Ausstattungs- und Folgekosten dieses zentralen Museumsprojekts wurden von anderen Landesmuseen nicht nur zustimmend kommentiert: fürchtet man doch, sich hinfort weiter hinten an der selben öffentlichen Futterkrippe anstellen zu müssen. Der Katalog zur Dauerausstellung des neuen Museums ist wohl gelungen. Auf 583 Seiten wird die Konzeption erläutert, werden viele Exponate in Farben abgebildet und beschrieben, sind gut lesbare Fachbeiträge eingerückt.

[31] Schon im Geleitwort zur Chronik der CDU Südbaden, - er war Bezirksvorsitzender von 1979 bis zur Wahl als Ministerpräsident – schreibt er, wie die Chronik gelesen werden müsse: Für die Partei – und das ist sicherlich richtig - gehe es nicht um Vertretung von irgendwelchen Sonderinteressen, sondern um den Einsatz für „das Gemeinwohl“, für „unsere Staat“, für „unsere Heimat“. „Diese Ziele sind heute so aktuell wie eh und je.“ Er sagte dies als einer, der natürlich wußte, daß unser Staat für die Mehrheit der südbadischen CDU lange Zeit nicht der

Südweststaat, sondern das Land Baden war. Jetzt, wo er das Landesspiel in der Hand hat, wird er deutlicher

[32] Dabei nahm er Maß am Freistaat Bayern, wobei er auch schon mal übers Ziel hinausschloß, etwa wenn er darüber nachsann, was es für das Land bedeuten könne, wenn der VfB Stuttgart, einmal Meister geworden, im Triumphzug – den Bayern in München gleich – durch Stuttgart führe und vor einer großen Menge Menschen vom Rathausbalkon herunterwinkte. Dem gelehrten Kollegen hat die Begeisterung für die Landesidentität einen Streich gespielt. Denn so wenig wie die Nürnberger oder die Münchner Löwen sich einem Bayern-Korso anschließen, so wenig würden das die Karlsruher und Freiburger Fußballfreunde tun. Vergemeinschaftungserlebnisse auf der Basis von Fan-Gruppen stoßen allemal an Grenzen.

[33] Was wäre gegen den Mensch von Mauer und die Würmeiszeit einzuwenden gewesen? Im Ernst: der Südweststaat nimmt eine Schleppe auf, die den alten Landesmuseen konveniert. Warum versteht er sich nicht als das, was er ist: ein Neugliederungsereignis der Nachkriegszeit? Man hat im Vorfeld der Gründung des Hauses der Geschichte eine Umfrage veranlaßt, um Interessenschwerpunkte des jugendlichen Wunsch-Publikums zu erfahren. Die Schüler interessieren sich danach für das Leben „unter nationalsozialistischer Herrschaft“ und für die „Zeit nach 1945“, also für nichts, wofür ein neues Museum in Stuttgart hätte gebaut werden müssen. Gleichwohl mag die Nachkriegszeit als Vorgeschichte des Südweststaats hingehen – der Beginn mit Napoleon aber ist es nicht.

[34] BNN Nr. 296 v. 21./22.12. 02 S. 29 („Nirgendwo ein Bedürfnis nach Landesidentität“)

[35] Was sich im Obergeschoß alles an den fürstlichen Anfang anschließt: der Gang durch die Revolution, die kriegerische Gründung des Kaiserreichs und dann der große Krieg von 1914 bis 1945, dazu las man im Feuilleton der FAZ wenig Erbauliches. Die Leitung der Dauerausstellung will sich, so hört man, an eine Überarbeitung machen. Das braucht es für den Hauskatalog wohl nicht, der auch zu sensiblen Partien der Vorgeschichte der Gründung und der Gründung des Landes informiert. Diskussionswürdig sind allenfalls Periodisierung und die eine oder andere Formulierung.

[36] Geleitwort von Frau RP Gerlinde Hämmerle und Herrn RP Dr. Sven von Ungern-Sternberg, in: Paul-L. Weinacht, Hg., Bad. Regionen am Rhein, 50 Jahre Baden in Baden-Württemberg, Baden-Baden 2002 S.6